

Empirische Überprüfung des Soll-Profiles staatlicher Aufgabenerfüllung

CHF, siehe rechts in Tabelle 3.15). Bei Berücksichtigung der Gemeinden dreht sich das Bild: 446 zu 605 CHF. Die liechtensteinischen Gemeinden tragen also vergleichsweise beträchtliche Sozialhilfeausgaben. Insgesamt liegen die Ausgaben um das 1.1fache, die Nettobelastung aller Gebietskörperschaften *in Liechtenstein um das 1.3fache über den Werten der Schweiz.*

Nachweis Wohnbauförderung: Eklatant unterschiedlich ist das Verhältnis der Nettobelastung aus dem sozialen Wohnungsbau: Während die schweizerischen Gebietskörperschaften lediglich 45 CHF netto aufwenden, liegt dieser Wert in Liechtenstein um das 12fache höher (518 CHF, Tabelle 3.15). Handelt es sich dabei um einen Ausreisser? 1992 ergibt sich ein Wert von 497 CHF (das 10fache der Schweizer Nettobelastung), 1993 von 580 CHF (das 12fache) und 1994 von 293 (das 6fache).⁶⁹ Insgesamt dürfte also im Durchschnitt von einer *um den Faktor 8 höheren Nettobelastung* auszugehen sein. Gemessen am Nachbarn Österreich mit seiner an keinem erkennbaren Verteilungsziel ausgerichteten Wohnbauförderungspolitik relativiert sich der Befund: Liechtenstein liegt "nur" um 20 Prozent über den Werten Österreichs (vgl. Tabelle 3.3).

Nachweis Sozialwesen (gesamt, Österreich): Einen der (wenn nicht den) herausragenden Ausgabenschwerpunkt(e) der österreichischen Budgets bildet die soziale Wohlfahrt. Trotzdem reicht (überraschenderweise) die Nettobelastung nicht an jene Liechtensteins heran (1665 zu 2026 CHF pro Einwohner in der VGR-Abgrenzung, siehe Tabelle 3.3). Damit liegt Liechtenstein mit seinen Sozialausgaben um über 20 Prozent über jenen des ausgebauten Wohlfahrtsstaates Österreich.

Einschätzung: Die Belastung von Liechtenstein aus der *Alters- und Invalidenversicherung* liegt nur bei rund zwei Dritteln jener der Schweiz, während jene in der *Arbeitslosenversicherung* (gegen die Erwartungen) leicht überdurchschnittlich ist. Bei ähnlichen institutionellen Regelungen dürfte die prosperierende Wirtschaft Liechtensteins und die vergleichsweise jüngere Bevölkerung ein höheres Beitragsaufkommen erarbeiten beziehungsweise geringere Auszahlungen erfordern, wodurch die Staatsbeiträge relativ gering bleiben können. Für diese Interpretation sprechen auch die hohen Reserven der liechtensteinischen Sozialversicherungsanstalten (siehe Rechenschaftsberichte der Regierung). Über die gesamte *Sozialversicherung* (ohne Krankenversiche-

⁶⁹ Rechenschaftsbericht der Regierung für das Jahr 1995.